



Stellungnahme von kirchlichen und christlichen Organisationen in der Kampagne für ‚Saubere‘ Kleidung (Clean Clothes Campaign - CCC) zur Denkschrift „Unternehmerisches Handeln in evangelischer Perspektive“ des Rates der EKD¹

Februar 2009

Die UnterzeichnerInnen arbeiten seit mehreren Jahren in verschiedenen kirchlichen und christlichen Organisationen der Kampagne für Saubere Kleidung mit und kommentieren vor dem Hintergrund ihrer Erfahrungen mit Textil- und Bekleidungsfirmen und Sportartikelmarken in Deutschland die EKD-Denkschrift „Unternehmerisches Handeln in ev. Perspektive“.

Wir bedauern sehr feststellen zu müssen, dass die EKD-Denkschrift für die weitere Arbeit der kirchlichen und christlichen Institutionen im Rahmen der CCC an dem Thema nicht förderlich ist, da sie weit hinter dem, was unter Fachleuten aus UnternehmerInnenkreisen, bei Sozialauditorinnen und -auditoren, Gewerkschaften und NROs bereits Konsens ist, zurückbleibt.

Die europäische CCC mit ca. 250 Organisationen in 12 nationalen Netzwerken stellt seit 18 Jahren in Recherchen² immer erneut und trotz der CSR-Anstrengungen der Unternehmen fest, dass

1. grundlegende Menschenrechte bei der Arbeit in der Bekleidungsherstellung weltweit systematisch verletzt werden – und das nicht nur bei der Fertigung für Discounter, sondern auch bei hochpreisigen Markenprodukten, die von KundInnen teuer bezahlt werden.
2. Näherinnen nicht nur leiden, sondern auch hoffen und für ihre Rechte kämpfen. Uns ist wichtig, dass die Näherinnen nicht nur als Opfer dargestellt werden, sondern auch als Akteurinnen.
3. christlich ethisch verantwortliches Handeln von kritischen VerbraucherInnen öffentliche Aufmerksamkeit über die gravierenden Missstände der Globalisierung erzielen kann und in dem Sinn der *Option für die Armen* gerecht wird.

Die Recherchen zeigen jedoch zugleich, dass

4. VerbraucherInnen nicht das alleinige Korrektiv gegen die Missstände dieser Art von Globalisierung und der negativen Folgen für die Gesellschaft sein können und auch nicht für diese in erster Line als gesellschaftlicher Akteur verantwortlich sind, wie die EKD-Denkschrift „Unternehmerisches Handeln“ nahe legt (u.a. S. 76 und 122);
5. die ArbeitnehmerInnen besonders in den Entwicklungsländern es schwer schaffen, ihre Arbeits- und Lebensbedingungen zu ändern, da internationale (Grund)Rechte ihnen zum größten Teil verwehrt bleiben, die Wirtschaft jedoch von der globalisierten Produktionskette deutlich profitiert.
6. die unmittelbare Verantwortung für die erschreckenden Zustände in der globalen Bekleidungsproduktion bei den Handelskonzernen, -ketten und Markenfirmen liegt, die die Waren vermarkten. Ihre Einkaufspraktiken konterkarieren die ethischen Bemühungen der wenigen MitarbeiterInnen in den CSR-Abteilungen. Der mörderische Preis- und Zeitdruck zwingt die Zulieferer und Sublieferanten sogar zu Preisen unter den Gestehungskosten.

¹ Rat der Ev. Kirche in Deutschland (2008): Unternehmerisches Handeln in evangelischer Perspektive. Eine Denkschrift, Gütersloh

² Zuletzt

- in der Studie "Cashing In: Giant retailers, purchasing practices, and working conditions in the garment industry" (5. Februar 2009),
- im PLAY FAIR 2008-Bericht „Clearing the Hurdles“ – „Hürden überwinden: Schritte zur Verbesserung von Löhnen und Arbeitsbedingungen in der globalen Sportbekleidungsindustrie“,
- in der Studie „All die Textilschnäppchen – nur recht und billig? Arbeitsbedingungen bei Aldi-Zulieferern in China und Indonesien“ (2007)
- in der Studie „Wer bezahlt unsere Kleidung bei Lidl und KIK? □Arbeitskraft zum Discountpreis – Schnäppchen für alle?“ (2008)
- in der Studie Die Stimmen der Arbeiterinnen. Zur Situation von Frauen in der Bekleidungsindustrie Osteuropas und der Türkei (2007) und
- berichteten zwei Näherinnen aus Bangladesch auf einer Info-Tour durch Deutschland und im Zweiten Deutschen Fernsehen.

VerbraucherInnen dürfen erwarten, dass in einer „sozialen Marktwirtschaft“³ Produkte mindestens unter Beachtung grundlegender Menschenrechte bei der Arbeit hergestellt werden.

Die Institutionen, die dies letztlich sicherstellen müssten, sind Regierungen und Staaten. Dass dies nicht erfolgt, liegt an zwei grundsätzlichen Problemen der Globalisierung:

- a) einem transnationalen sozialen Regulierungsvakuum sowie
- b) einer internationalen Haftungslücke beim Handeln international tätiger Unternehmen.⁴

Da die Einhaltung von Grundrechten weder KonsumentInnen noch Unternehmen allein und auf freiwilliger Basis überlassen werden kann, sind diese Lücken wie auch schon die Denkschrift in (101) S. 98 vorschlägt durch politische Einflussnahme auf die EU zu schließen. Dabei ist es aus unserer Sicht unerlässlich, dass es auf EU- und UN-Ebene sanktionierbare Regelungen gibt.

Es waren Erfolge der ArbeiterInnenbewegung, dass Sozialstandards in nationalen Gesetzen festgeschrieben und auch in internationalen Konventionen, wie denen der ILO, verankert wurden. Deshalb ist es für uns nicht verständlich, warum sich die Autoren der Denkschrift S. 99 unter (102) mit den vier Kernarbeitsnormen der ILO begnügen. Unserer Meinung nach ist es für eine EKD-Denkschrift mehr als angemessen, auch die Arbeitsgrundrechte zu benennen wie existenzsichernder Lohn, keine überlangen Arbeitszeiten, Überstunden nur freiwillig und bezahlt, Gesundheits- und Sicherheitsschutz, festes Beschäftigungsverhältnis. Sie basieren ebenfalls auf ILO-Übereinkommen und sind mit den oben genannten vier Kernarbeitsnormen die Rechte, die von der CCC und dem Internationalen Bund Freier Gewerkschaften als von Unternehmen zu gewährende Grundrechte angesehen werden. Sie sind im Übrigen inzwischen auch bereits Bestandteil der meisten freiwilligen ethischen Kodices von Unternehmen wie auch Multistakeholderorganisationen. Insofern ist für uns nicht nachzuvollziehen, warum die EKD-Denkschrift hinter diesen Standards zurück bleibt.

Grundsatz christlicher Sozial- und Wirtschaftsethik: Menschenrechte stehen über Wettbewerb und Wirtschaftserfolg

Die Globalisierung hat ein Regulierungsvakuum hervorgebracht, insofern als Investoren Städte, Regionen und Länder gegeneinander im Standortwettbewerb ausspielen können, um günstigere Bedingungen (Subventionen, Steuererleichterungen, Außerkraftsetzung von Arbeitsrechten) für die heiß ersehnten Investitionen zu bekommen. Damit werden nationale Gesetze schlicht nicht beachtet. Dies ist im Osten Deutschlands oder in den Sweatshops der USA ebenso zu beobachten, wie in allen Produktionsländern von Bekleidung im globalen Süden und Osten, in Ländern mit und ohne funktionierendes Rechtssystem.

Die Denkschrift bekennt sich zur Lohnhöhe als „wichtigem Wettbewerbsfaktor“ im Standortwettbewerb (S. 95). Sie rechtfertigt die Arbeitsplatzverlagerung aufgrund von Lohnhöhe und verschweigt die weltweit und in Deutschlands Osten auftretenden regelmäßigen Auswüchse dieser Lohnkonkurrenz. Die globale Lohnkonkurrenz hat zu Hungerlöhnen und anderen Verletzungen von Menschenrechten bei der Arbeit geführt! Diese Art des Standortwettbewerbs kann nicht christlich ethisch gerechtfertigt oder begründet werden. Wenn wegen 5 Cent Lohnunterschied pro Stunde oder wegen der Gründung von unabhängigen ArbeitnehmerInnenvertretungen Produktionsstätten über tausende Kilometer verlagert werden, geht es wohl nicht in erster Linie um den Menschen, Ökologie oder Fairness in der transnationalen Wertschöpfungskette, sondern alleinig um Profit. Biblisch wird ein solches Verhalten deutlich als Habgier benannt und angeprangert⁵.

Es ist leider nicht Praxis in der globalen Bekleidungsindustrie, dass deutsche Unternehmen deutsche Sozialstandards im Ausland praktizieren. Wir erleben genau das Gegenteil von dem, was die Denkschrift beschreibt („Auslandsinvestitionen ermöglichen steigendes Wachstum, wachsenden Wohlstand, einträgliche Arbeit, höhere Sozialstandards und nachhaltiges Wirtschaften, bessere Bildung und ein höheres Lebensniveau für die Menschen.“). Die Realität beispielsweise in globalen Wertschöpfungsketten der Bekleidungsherstellung sieht anders aus. Die Denkschrift geht damit über die Bedürfnisse und Rechte von Millionen von ArbeiterInnen weltweit und in Deutschland hinweg (z.B. Abschn. 4.2.), denen ein menschenwürdiges Auskommen und andere grundlegende Menschenrechte, wie das Organisationsrecht und das Recht auf Kollektivverhandlungen, verwehrt werden.

³ Die EKD-Denkschrift enthält aus unserer Sicht sehr fragwürdige Bekenntnisse zu Wachstum (z.B. S. 90), Wettbewerbsfähigkeit (z.B. S. 93 ff.) und kapitalistischer Marktwirtschaft (S. 19, 20) in einer Zeit, in der gerade diese in zunehmendem Maße von den unterschiedlichsten Seiten hinterfragt werden, weil immer deutlicher wird, dass diese Wirtschaftsweise das (globale) Gemeinwohl gefährdet. Damit werden die christlichen Prämissen Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung für eine öko-soziale Wirtschaft zum Wohle des Menschen aufgegeben.

⁴ In Ermangelung dieses Rechtsrahmens haben sich im Textilbereich infolge des KonsumentInnendruckes glaubwürdige unabhängige Kontrollinstitutionen für Sozialstandards wie die holländische *Fair Wear Foundation* als *Multistakeholder-Initiativen* entwickelt.

⁵ Der Ökumenische Rat der Kirchen hat im Globalisierungsdiskurs aus diesen und anderen Gründen eine GREEDLINE als Pendant zur POVERTYLINE eingeführt.

Aus der Sicht einer christlichen Sozial- und Wirtschaftsethik bedeutet die systematische Nicht-Beachtung von Menschenrechten bei der Arbeit unserer Meinung nach einen massiven Werteverfall.

Gleiche, verbindliche Leitplanken der Sozialverantwortlichkeit für alle Unternehmen

Die Denkschrift fordert eine „öffentliche Debatte über die Chancen, Risiken und Regelungsmöglichkeiten der wirtschaftlichen Globalisierung“; „die Interessen der Verlierer der Globalisierung [müssen dabei] in den Mittelpunkt gerückt werden, damit gemeinsam neue Wege der Teilhabegerechtigkeit erarbeitet werden können“ (S. 97). Dazu würden wir gern wissen, wo und wie beabsichtigen die Evangelische Kirchen, diese Frei-Räume und politischen Räume für eine Umsetzung zu Gunsten der Benachteiligten zu schaffen.

Zugleich ist anzumerken, dass die Denkschrift inhaltlich weit hinter dem erreichten Diskursstand in Gesellschaft und Kirche und hinter das, was CSR-Schrittmacher unter den Unternehmen fordern, zurückgeht. Dies insbesondere, wenn die Schrift die Eintracht und aufeinander Bezogenheit von wirtschaftlichem Erfolg und sozial-ökologischer Verantwortung (z.B. S. 11, 12, 26) beschwört. Deren Unvereinbarkeit als „einzelne“ Ausrutscher und falsche Wahrnehmung (S. 30) zu bezeichnen, steht in keinem Verhältnis zur Realität. Die Denkschrift geht auch dort hinter das in Deutschland und in Europa politisch Nötige zurück, wo sie einseitig die Freiwilligkeit von CSR betont.

Im gesellschaftlichen Diskurs ist dagegen offensichtlich: Es braucht einen verbindlichen Corporate-Accountability-Rahmen für *alle* Unternehmen, wie er z.B. von der EP-Resolution zu CSR 2006 und der Schriftlichen Erklärung des Europäischen Parlaments (WD 88/2007) über die „Zügelung der Marktmacht von Supermärkten“ gefordert wurde. Mit anderen nationalen (CorA) und internationalen (ECCJ) Netzwerken zur Sozialen Verantwortlichkeit von Unternehmen fordert die CCC deshalb einen verbindlichen Corporate-Accountability-Rahmen, in dem insbesondere große Handelsunternehmen für die Verletzung von Arbeitsnormen entlang der gesamten Beschaffungskette belangt werden können. Dieser rechtliche Mechanismus muss dort einklagbar sein, wo Produkte verkauft werden, wie auch dort, wo sich der Sitz der Handelsunternehmen befindet.

Das Thema CSR ist an einem Scheideweg angekommen

Es interessieren sich immer mehr VerbraucherInnen und Großkunden wie Kommunen, Gewerkschaften und kirchliche Einrichtungen für „ethische“, „saubere“ Waren. NROs, Gewerkschaften und auch CSR-Schrittmacher in der UnternehmerInnenschaft stellen fest, es reicht nicht aus, immer wieder auf gravierende internationale staatliche Handlungserfordernisse hinzuweisen und an die KonsumentInnen als verantwortlich handelnden Akteure zu appellieren. Regierungen - national und international - müssen endlich anerkennen, dass ernste politische Schritte notwendig sind, um den grassierenden Menschenrechtsverletzungen weltweit entgegen zu treten.

Es ist höchste Zeit für verbindliche Corporate Accountability-Rahmensetzungen, damit die deutsche und europäische Wirtschaft ihren rechtlichen und ethischen Verpflichtungen gegenüber den ArbeitnehmerInnen und den Gemeinschaften, die weltweit von ihrer Produktion betroffen sind, nachkommen.⁶

Kirche als verantwortliche gesellschaftliche Akteurin und Global Player kann und muss dies zugunsten der Benachteiligten und Entrechteten einfordern.

Abschließend ist es uns wichtig anzumerken, dass wir davon ausgehen, dass wenn die EKD an die soziale Verantwortung von KonsumentInnen appelliert, dies dann auch innerkirchlich konsequent umsetzt. Dies bedeutet z.B. dass bei der innerkirchlichen Beschaffung von Textilien, Computern, Grabsteinen etc. selbst auf die Einhaltung mindestens der acht Basis-Sozialstandards des IBFG- oder CCC-Modellkodex (vgl. oben) Wert gelegt und diese zu einem bindenden Kriterium für die Vergabe von Aufträgen gemacht werden.

Gez.
Dr. Sabine Ferenschild, Ökumenisches Netz Rhein-Mosel-Saar, Neuwied
Berndt Hinzmann, INKOTA-Netzwerk Berlin
Kerstin Möller und Waltraud Waidelich, Frauenwerk der Nordelbischen Ev.- Luth. Kirche
Dr. Bettina Musiolek, internationale CCC, Meißen-Amsterdam

⁶ Worldbank, 2003: „Systemic progress will not happen unless governments get involved more vitally“. Harvard/FES study for EC, DG Trade: „the end game will be harmonization of codes concurrent with stronger national and international law“.